

STUDIE: Unternehmen wollen Stellenabbau lange hinauszögern

In der Krise entdecken die Firmen den Kunden wieder

VON DIETMAR MASCHER

LINZ. Wie reagieren Österreichs Unternehmen auf die Wirtschaftskrise? Vorherhand nicht mit dem Abbau von Stellen, sondern mit erhöhten Vertriebsaktivitäten. Das ist das Ergebnis einer Studie des Linzer Beratungsunternehmens Ramsauer & Stürmer (R&S), die den OÖN vorliegt.

Die insgesamt 200 Eigentümer und/oder Führungskräfte, die für diese Studie im Dezember befragt worden sind, entdecken nach einer längeren Phase der Hochkonjunktur den Kunden wieder. Forcierung der Kundenorientierung und die Personalisierung von Kundenbeziehungen nennen mehr als 90 Prozent der Befragten als wesentliche Maßnahme gegen die Wirtschaftskrise. Auch die Sicherstellung der Liquidität hat höchste Priorität. Verhandlungen über einen Lohnverzicht oder eine Verlagerung der Produktion ins Ausland stehen bei den Unternehmen dage-

gen derzeit nicht auf dem Programm.

„Derzeit befinden sich die meisten Unternehmen in einem Schockzustand, Systemfragen werden noch nicht gestellt“, beschreibt R&S-Geschäftsführer Ekkehard Redlhammer die Stimmung in vielen Unternehmen.

Die Konzentration auf einen schlagkräftigen Vertrieb sind aber Maßnahmen, die schon umgesetzt werden. Im Finanzierungs-

bereich reagieren etliche Unternehmen schon auf die gestiegenen Kosten. „Die interne Finanzierung wird an Bedeutung gewinnen. Klug wäre zudem, stärker in Forschung und Entwicklung sowie Bildung statt in Sachanlagen zu investieren“, sagt Redlhammer.

Laut Co-Studienautorin Martina Augl haben rund 70 Prozent auf die aktuelle Situation reagiert. Vor allem kleinere Betriebe warten noch ab, wie sich die Konjunktur entwickelt.

STICHWORT

Studie

Das Linzer Beratungsunternehmen Ramsauer & Stürmer hat im Dezember 2008 mehr als 200 führende Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Österreich, vorwiegend aber aus Oberösterreich befragt. Die Industrie und andere Großbetriebe war dabei überdurchschnittlich vertreten.

Misstrauen gegen Banken

In den Erwartungen der Unternehmen an den Staat zeigt sich das gestiegene Misstrauen gegenüber den Finanzmärkten. So erwarten sich die meisten Unternehmer und Firmenchefs neben einer Steuerreform zur Konjunkturbelebung eine verstärkte Beaufsichtigung der Ratingagenturen, Einlagensicherung und Regulierung des Kapitalverkehrs, aber auch ein Verbot von Leerverkäufen.